Frauen in Führungspositionen nur mit verbindlichen Quoten

Dr. Anemone Bippes, Kreisvorsitzende der MIT Baden-Baden / Rastatt, Geschäftsführende Gesellschafterin der Online-Marketing-Agentur PrimSEO in Baden-Baden

Mit dem Spruch „Ohne uns geht es nicht!“ werben die deutschen Familienunternehmen für sich. Recht haben sie. Die insgesamt rund 180.000 Familienunternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Hier findet Innovation statt und hier werden nachhaltig Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze geschaffen. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist eher frustrierend: Eine aktuelle Studie der AllBright Stiftung zeigt, dass mit 8,3 % der Frauenanteil in den Geschäftsführungen der Familienunternehmen nur gut halb so hoch ist wie bei den Unternehmen in DAX, MDAX und SDAX. Und er verharrt auf einem peinlich niedrigen Niveau. In über zwei Drittel (68 %) der Familienunternehmen sitzt übrigens keine einzige Frau in der Geschäftsführung – darunter namhafte Unternehmen wie Aldi, Bauhaus, Bertelsmann, Deichmann, Haribo, Kärcher, Kühne + Nagel, Miele, die Schwarz Gruppe (Lidl, Kaufland), Tönnies, Webasto oder Würth. Es gilt offensichtlich die Regel: Je mächtiger die Familie im Unternehmen, umso weniger Frauen im Vorstand.

Als besonders rückständig präsentieren sich der Studie zufolge die 70 Firmen, die vollständig in der Hand der Eigentümerfamilie sind. Hier liegt der Frauenanteil in der Führungsetage seit März 2020 unverändert bei 4,8 %. Zum Vergleich: bei den 40 DAX-Unternehmen sind es 19,8 %. Dabei ist hinlänglich belegt, dass Unternehmen von einer paritätischen Besetzung von Männern und Frauen in Führungsetagen profitieren. Außerdem erleiden Firmen, in denen weibliche Führungskräfte unterrepräsentiert oder gar nicht vorhanden sind, einen Reputationsschaden, der sich letztlich im Wettbewerb um kluge Köpfe bemerkbar macht.

Da wäre es wichtig, wenn öffentliche Verwaltung und Politik mit einem guten Beispiel vorangehen würden. Doch Fehlanzeige. Schaut man in den Evaluationsbericht zum Chancengleichheitsgesetz des Landes Baden-Württemberg, werden Entwicklungspotenziale schnell deutlich. Ziel war eigentlich das berufliche Vorankommen von Frauen in der Verwaltung und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Doch bis heute sind Frauen in Spitzenämtern unterrepräsentiert und nicht ihrem Anteil an der Gesamtheit von über 50 % (!) entsprechend vertreten. In die Politik des Landes Baden-Württemberg lohnt der Blick leider nicht. Rund 30 % – der Frauenanteil im Landtag; rund 25 % der Frauenanteil in der CDU-Landtagsfraktion.

Bleibt noch die Frage zu klären, wie es um die Entlohnung der Frauen in Baden-Württemberg bestellt ist. Laut Daten des Statistischem Landesamt in Stuttgart verdiente ein Mann in Baden-Württemberg vergangenes Jahr durchschnittlich 25 Euro die Stunde. Eine Frau hingegen nur etwas mehr als 19,50 Euro – 22 % weniger. Der geschlechterspezifische Verdienstunterschied ist nach wie vor zu hoch. Hier trägt Baden-Württemberg die rote Laterne!

Ein Hoffnungsschimmer kommt ausgerechnet aus der Bundes-CDU. Dort ist endlich die Erkenntnis angelangt, dass es ohne verpflichtende Quoten nicht gehen wird, wenn man es ernst meint mit Frauen in Führungspositionen. Die CDU will eine Frauenquote auf den Weg bringen. „Das Ziel ist Parität“, gibt Generalsekretär Mario Czaja vor. Die Vorschläge, die bereits zweimal im Bundesvorstand als Vorlage für den Parteitag beschlossen wurden, sehen unter anderem eine stufenweise Einführung einer Frauenquote bei Vorstandswahlen ab der Kreisebene vor. Das ist vielleicht die einzige und möglicherweise auch die letzte Chance der Union, als Volkspartei in Zukunft wahrgenommen zu werden. ■

Dr. Anemone Bippes,
info@anemonebippes.de,
anemonebippes.de

Neue Formate statt verbindlicher Quoten

Gitta Connemann MdB, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Deutschland ist ein Land voller großartiger Frauen. Zur Zeit engagieren sich aber zu wenig von ihnen in der CDU und den Vereinigungen. Dabei brauchen wir ihre Kompetenz, ihre Erfahrung, ihre Leistung. Wir müssen diese als Mitglieder für Partei und Vereinigungen gewinnen. Eine Verbreiterung der Basis gelingt aber nicht mit Quoten. Im Gegenteil. Frauen wollen nicht auf ihr Geschlecht reduziert werden. Sie wollen wegen ihrer Kompetenz, ihrer Leistung gewählt werden. Die CDU und ihre Vereinigungen gewinnen neue Frauen nicht durch Zwang. Wer mehr weibliche Mitglieder will, muss die Mitarbeit in der Partei und den Vereinigungen leichter, spannender, attraktiver machen.

Deshalb setzen wir uns für eine Attraktivierung der Parteiarbeit ein. Um mehr weibliche, aber auch mehr jüngere Mitglieder zu gewinnen, brauchen wir einen klaren Paradigmenwechsel in der Kultur von Partei und Vereinigungen. Dazu werden wir einen eigenen Vorschlag machen: neue Formate, neue Beteiligungsmöglichkeiten, neue Wertschätzung, neue Interaktion, neues Miteinander. Deshalb lehnen wir aber auch verbindliche Quoten ab.

Verbindliche Quoten und Parität stellen einen Paradigmenwechsel für die CDU Deutschlands dar. Es handelt sich um eine Grundsatzfrage, die sich auf alle Ebenen auswirkt. Zu den entsprechenden Vorschlägen der Struktur- und Satzungskommission gibt es unterschiedliche Meinungen in der Partei. Der Bundesvorstand hat wiederholt beschlossen, dass diese Vorschläge auf dem kommenden Bundesparteitag entschieden werden sollen. Tatsächlich ist die Zeit für eine abschließende Entscheidung reif. Denn alle Argumente pro und contra sind ausgetauscht.

Aus Sicht der MIT hätte eine Mitgliederbefragung vor dem Bundesparteitag der Basis eine starke Stimme gegeben und zur Befriedung beitragen können. Aber es gibt ernstzunehmende Stimmen gegen dieses Instrument. Diese befürchten, dass die Mitgliederbefragung zu keiner Befriedung der Partei, sondern über Monate zu einer Selbstbefassung führen würde. Und das in einer Zeit, in der Deutschland krisengeschüttelt und die Ampel offenkundig nicht handlungsfähig ist. Sie weisen auf organisatorische und finanzielle Probleme bei der Durchführung hin. Wir respektieren diese Bedenken auch, wenn wir diese nicht teilen. Aber wir wollen befrieden, nicht spalten. Deshalb ziehen wir den Antrag auf Mitgliederbefragung zurück.

Dies tun wir auch im Vertrauen auf die Aussage von Friedrich Merz, dass die Quote nur die zweitbeste Lösung ist. Wir vertrauen darauf, dass wir eine bessere Lösung gemeinsam finden können. Und wir vertrauen darauf, dass die Debatte ergebnisoffen auf dem Parteitag ausgetragen werden wird.

Die Gliederungen und Vereinigungen haben nun die Möglichkeit, sich mit Anträgen einzubringen - für eine verbindliche Förderung von weiblichen Mitgliedern, gegen verbindliche Quoten oder dafür, für Mitgliederbefragung oder dagegen.

Mit diesen Positionen werden wir uns als MIT nun aktiv in die Debatte vor und auf dem Bundesparteitag einbringen. ■

Thorsten Alsleben (Hauptgeschäftsführer),
info@mit-bund.de,
mit-bund.de

CDU